



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligt:

- 11 Fachbereich Personal und Organisation
- 20 Fachbereich Finanzen und Controlling
- 32 Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen
- 53 Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz
- 61 Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung

Betreff:

Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Situation an dem Freizeitareal Bohne

Beratungsfolge:

- 21.11.2018 Sozialausschuss
- 28.11.2018 Jugendhilfeausschuss
- 12.12.2018 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
- 13.12.2018 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ergänzend zu der Ursprungsvorlage beauftragt:

1. Den Bodelschwinghplatz und das Freizeitareal Bohne als Spielfläche auszuweisen und das Alkoholverbot auf Grundlage der Spielplatzsatzung zu kontrollieren.
2. Die Einrichtung von zwei Planstellen für Streetworker zeitnah zu realisieren. Hierbei sind auch Möglichkeiten aufsuchender Ansprache der Trinkerszene zu nutzen.
3. Die Fachbereiche Jugend und Soziales sowie Gesundheit und Verbraucherschutz entwickeln eine Vorlage zur Realisierung der Substitutionsambulanz mit der Kath. Krankenhaus Hagen gem. GmbH. Dabei sind die Möglichkeiten der räumlichen Unterbringung, der Kooperation und der Einbindung in das bestehende Hilfesystem zu beschreiben. Weiterhin sucht die Verwaltung das Gespräch mit dem Substitutionsarzt. Ziel soll sein, die aktuelle Situation im Umkreis der Ausgabestelle, z. B. durch Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten und die Öffnung der vorhandenen Toiletten seiner Praxisräume, zu verbessern.



--



Kurzfassung
entfällt

Begründung

Um eine Veränderung der Situation an der Bohne herbeizuführen, hat die Verwaltung in der Ursprungsvorlage folgendes abgestimmtes Vorgehen vorgeschlagen:

1. Der Bodelschwinhgplatz und die Bohne werden unter die Spielplatzsatzung gestellt.

Der Verwaltungsvorschlag beinhaltet dabei die gesamte Fläche des Bodelschwinhgplatzes und der Freifläche Bohne inkl. des Unterstandes.

2. Treffpunkt mit psychosozialer Betreuung und Streetwork

Wie bereits dargestellt, hat sich der Fachbereich Jugend und Soziales um eine Förderung im Rahmen von EHAP (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland) beworben.

Zwischenzeitlich teilte das Ministerium für Arbeit und Soziales am 22.10.18 schriftlich mit, dass die Interessensbekundung der Stadt Hagen leider nicht berücksichtigt werden kann. Es wurden insgesamt 8 neue Anträge bundesweit bewilligt sowie die AntragstellerInnen aus der 1. Förderphase begünstigt.

Um eine dauernde Arbeit mit den beschriebenen Zielgruppen zu gewährleisten, ist die Einrichtung von Streetwork unabdingbar. Die Möglichkeiten einer aufsuchenden Ansprache der Drogenabhängigen und der "Trinkerszene" (zu der auch Menschen mit einer psychischen Komorbidität gehören) wäre bei Schaffung von zwei Stellen gegeben.

Die Streetworker folgen Zielgruppen und kooperieren eng mit dem vorhandenen Hilfesystem (u. a. Beratungsstellen, Wohnungslosenhilfe, Krankenhaus, Ärzten, etc.).

Für die Einrichtung der Stellen wird folgende durchschnittliche Kostenkalkulation zugrunde gelegt:

Personalkosten	2019	2020
2 Stellen S12 Stufe TVÖD	114.648,- €	116.941,- €
Sachkosten	2.000,- €	2.000,- €
Gesamt:	116.648,- €	118.941,- €

Die Tarifsteigerungen sind dabei berücksichtigt. Hinzuzurechnen sind die Kosten des Arbeitsplatzes in Höhe von jeweils 9.700 €.

Die Kosten für das Jahr 2020 ff werden bei der nächsten Haushaltsplanung 2020/2021 berücksichtigt.

Für das Jahr 2019 erfolgt eine überplanmäßige Bereitstellung der Personal- und Sachkosten. Als Deckung werden die noch nicht eingeplanten Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage „Fonds Deutsche Einheit“ genutzt.



3. Realisierung der Substitutionsambulanz

Hier: Die Verwaltung sucht das Gespräch mit dem Substitutionsarzt. Ziel soll sein, die aktuelle Situation im Umkreis der Ausgabestelle, z.B. durch Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten und die Öffnung der vorhandenen Toiletten seiner Praxisräume, zu verbessern.

Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz hat mittlerweile ein Gespräch mit dem Arzt geführt. Dieser wäre grundsätzlich bereit, seine Toiletten in der Praxis zu bestimmten Zeiten außerhalb der Vergabezeiten zu öffnen. Das Betäubungsmittelrecht erlaubt allerdings keine Nutzung der Praxisräume außerhalb der Geschäftszeiten. Daher kann dieser Punkt derzeit nicht weiter verfolgt werden.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Unverändert zu der Ursprungsvorlage

Finanzielle Auswirkungen

☒ Es entstehen folgende finanzielle und personelle Auswirkungen

Maßnahme

☒ konsumtive Maßnahme

Rechtscharakter

☒ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe

1. Konsumtive Maßnahme

Teilplan:	3630	Bezeichnung:	Leistungen für junge Menschen/Familien
Auftrag:	1363044	Bezeichnung:	Suchtberatung und Therapievermittlung

	Kostenart	2019	2020	2021	2022
Ertrag (-)		0 €	0 €	0 €	0 €
Aufwand (+)	527901	1.500 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Eigenanteil		1.500 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €

Teilplan:	3660	Bezeichnung:	Jugendarbeit
Kostenstelle:	755300	Bezeichnung:	Führung/Verw. u. MA 55/3



	Kostenart	2019	2020	2021	2022
Ertrag (-)		0 €	0 €	0 €	0 €
Aufwand (+)	Personalkosten*	85.986 €	116.941 €	119.280 €	121.665 €
Aufwand (+)	Sachkosten**	14.500 €	19.400 €	19.400 €	19.400 €
Eigenanteil		100.486 €	136.341 €	138.680 €	141.065 €

*Kostenarten: 501200 – 503900 für 2019 anteilig

**Kostenarten: 525500 – 548500 für 2019 anteilig Kosten der Arbeitsplätze

Kurzbegründung:

☒ Finanzierung kann ergebnisneutral (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung) gesichert werden.

2. Auswirkungen auf den Stellenplan

Stellen-/Personalbedarf:

(2)	Stellen nach BVL-Gruppe	(SuE 12)	sind im Stellenplan	(2020)	einzurichten.
(Anzahl)	üpl. Bedarf (e) in BVL-Gruppe	(Gruppe)	sind befristet bis:	(Datum)	anzuerkennen.

gez. Erik O. Schulz

Oberbürgermeister

Bei finanziellen Auswirkungen:

gez. Margarita Kaufmann

Beigeordnete

gez.

Christoph Gerbersmann

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
